



Allgemeiner Studierendenausschuss  
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

PRESSEMITTEILUNG VOM 02.12.2019

## **STUDIARENDSCHAFT UNTERSTÜTZT DIE FORDERUNGEN DER MITARBEITER\*INNEN DER JGU**

**Der Allgemeine Studierendenausschuss (ASTa) der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) unterstützt die Forderungen der dauerhaft beschäftigten Mitarbeiter\*innen der JGU, welche sich am 25.11.2019 in einem offenen Brief mit rund 880 Unterschriften an Ministerpräsidentin Dreyer gewandt haben.**

Der Brief thematisiert die Situation der befristet angestellten Mitarbeiter\*innen an der JGU. Deren Stellen bzw. die entsprechenden Mittel sind aufgrund der unklaren Lage, die sich aus den fehlenden Zusagen des Landes im Rahmen des neuen Hochschulpaktes „Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken“ ergibt, in Gefahr (s. Pressemitteilung des ASTa der JGU von 19.11.2019).

Auch für Studierende ist diese Situation äußerst problematisch: Ein Abbau von Stellen bzw. den entsprechenden Mitteln würde, trotz der Aussagen von Minister Wolf, dass der neue Hochschulpakt nur der Erhaltung der Studienplatzkapazität diene, genau diese erheblich minimieren. Neben Stellen für studienbegleitende Projekte, wie LOB, SoWi?So! und PHILIS, sind auch die Stellen von lehrenden Mitarbeiter\*innen in Gefahr. Würden diese Angebote, sowie ein Teil der Dozierenden wegfallen, würde das erhebliche negative Wirkungen auf die Qualität des Studiums an der JGU haben.

Zudem sind auch Stellen der Psychotherapeutischen Beratungsstelle (PBS) in Gefahr, die eine notwendige Betreuung von Studierenden mit psychischen Problemen bewerkstelligen.

Im offenen Brief fordern die dauerhaft beschäftigten Mitarbeiter\*innen der JGU Ministerpräsidentin Dreyer auf, den befristeten Mitarbeiter\*innen der Hochschulen in Rheinland-Pfalz feste finanzielle Zusagen zu machen. Dabei geht es zunächst um den Erhalt der rund 400 betroffenen Stellen, die damit dem Ziel des „Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken“ gerecht werden sollen.

Die Qualität der Lehre und die Kapazität der Studienplätze müssen erhalten bleiben!

**ASTa Universität Mainz**  
**Arbeitsbereich für Presse- und**  
**Öffentlichkeitsarbeit**  
Staudingerweg 21  
55128 Mainz  
presse@asta.uni-mainz.de

**ASTa Universität Mainz**  
**Arbeitsbereich für Hochschulpolitik**  
Staudingerweg 21  
55128 Mainz  
hochschulpolitik@asta.uni-mainz.de



Allgemeiner Studierendenausschuss  
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Dafür fordern die dauerhaft beschäftigten Mitarbeiter\*innen der JGU, dass finanzielle Zusagen in Höhe von 15% (rund 20 Mio.) der zukünftigen Mittel aus dem neuen Hochschulpakt gemacht werden. Damit können die Stellen, die durch die vergangenen Hochschulpakete, sowie den Qualitätspakt Lehre finanziert wurden, erhalten und somit qualitative und quantitative Faktoren der Lehre gesichert werden.

Schon in der Stellungnahme vom 19.11.2019 hat der AstA darauf hingewiesen, dass es derzeit nicht wirkt, als würde die Landesregierung die Herausforderungen der Hochschullandschaft erkennen bzw. ernst nehmen. Auf der einen Seite will man den Hochschulen neue Aufgaben übertragen, sie in Themen Digitalisierung und Nachhaltigkeit zukunftsfähig machen und durch ein Teilzeitstudium eine Flexibilisierung für Studierende ermöglichen. Auf der anderen Seite scheint es, also wolle man möglichst keine finanziellen Zusagen machen, um diesen Aufgaben gerecht zu werden.

Dieses Verhalten lässt leider darauf schließen, dass es der Landesregierung im Bereich der Wissenschaft eher um schöne Worte, als um gute (oder zumindest ehrliche) Politik geht.

**AStA Universität Mainz  
Arbeitsbereich für Presse- und  
Öffentlichkeitsarbeit**

Staudingerweg 21  
55128 Mainz  
presse@asta.uni-mainz.de

**AStA Universität Mainz  
Arbeitsbereich für Hochschulpolitik**

Staudingerweg 21  
55128 Mainz  
hochschulpolitik@asta.uni-mainz.de